

Berlin, 01.04.2011

Schließung des Dortmunder Straßenstrichs drängt Sexarbeiterinnen in die Illegalität

Der Rat der Stadt Dortmund hat am 31.03.2011 beschlossen, den Sperrbezirk auf das gesamte Stadtgebiet auszuweiten. Damit soll die rechtliche Grundlage geschaffen werden, den legalen Straßenstrich an der Ravensberger Straße zu schließen.

Das Bündnis der Fachberatungsstellen für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter protestiert gegen die Vernichtung legaler und sicherer Arbeitsplätze in der Prostitution. Wir solidarisieren uns mit den dort tätigen Frauen, die noch am 24.03.2011 in einer beeindruckenden Demonstration unmissverständlich zum Ausdruck gebracht haben, dass sie diese Arbeitsplätze behalten wollen. „Sie werden ihrer Existenzgrundlage beraubt und gezwungen, ihren Lebensunterhalt in Zukunft in unsicheren und illegalisierten Verhältnissen zu verdienen“, sagt Claudia Fischer Czech, Vorstandsmitglied von bufas.

Wir protestieren ebenfalls gegen die rassistischen und rechtspopulistischen Begründungen für dieses Vorgehen. In der öffentlichen politischen Auseinandersetzung ist die Rede von einem „notwendigen Schritt zur Bekämpfung organisierter Kriminalität“ und „ungezügelter Zuzug aus Osteuropa“.

Prostitution ist eine legale Erwerbstätigkeit. Die darin arbeitenden Personen verdienen Respekt und haben ein Recht auf sichere und geschützte Arbeitsplätze. Dies gilt auch für Menschen aus den osteuropäischen Beitrittsländern. Sie haben das uneingeschränkte Recht, in Deutschland selbständig tätig zu sein.

Das Dortmunder Modell verstand sich bisher als progressives Vorgehen zur Umsetzung des Prostitutionsgesetzes. Beispielfähig wurden Vertreter von Behörden, Beratungsstellen und auch in der Prostitution Tätige an einen Tisch geholt, um akzeptable Lösungen zu finden. Dieser Weg wird mit dem Beschluss verlassen. „Der Beschluss des Dortmunder Stadtrats gefährdet unsere langjährige Arbeit“, sagt bufas-Vorstandsmitglied Mechthild Eickel.

Das Bündnis der Fachberatungsstellen für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter fordert daher den Rat der Stadt Dortmund auf, den Beschluss zurückzunehmen.